

Editorial

Die „Explosion der Cités“, über die *Medard Ritzenhofen* in seinem Kommentar berichtet, hat den Glanz des „französischen Modells“ weiter stumpf werden lassen, nachdem schon die Präsidentschaftswahlen 2002 mit dem Erfolg des rechtsextremen Kandidaten *Jean-Marie Le Pen* in der ersten Wahlrunde, aber auch die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags im Mai 2005 Frankreichs Ausstrahlung getrübt hatten. Die Gründe für die Unruhen in den Vorstädten waren allgemein bekannt, weshalb der plötzliche Ausbruch von Gewalt keineswegs so unerwartet kam, wie das die Medien suggerierten. *Jacques Chirac* hatte schon 1994 eine der dringlichsten Aufgaben des französischen Staates in den Banlieues gesehen und sie zum zentralen Anliegen seiner Präsidentschaft erklärt. Seither ist in städtebaulicher Hinsicht und bei der Ausstattung von Schulen in den Problemzonen tatsächlich viel geschehen. In der Sanierung von Gebäuden sieht der Staat auch jetzt neben staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die nächstliegende Lösung der nicht mehr zu übersehenden Probleme – wohl vor allem deshalb, weil diese Lösungen leichter zu geben sind als andere.

So verweist *Martina Zimmermann* in ihrer Reportage über die Vorstadt *Bondy* auf ein ganzes Bündel von Problemen und krisenhaften Entwicklungen. Da ist an erster Stelle die Jugendarbeitslosigkeit zu nennen, die schon im Durchschnitt gut doppelt so hoch

liegt wie in Deutschland, aber in manchen Vororten mit besonders hohem Anteil an Jugendlichen 70 Prozent erreicht. Hinzu kommt das Auseinanderfallen von Familienstrukturen, das das Risiko der Verwahrlosung – und dies insbesondere bei polygamen Familien angesichts unzureichender Wohnverhältnisse – erheblich verschärft. Für die Unzufriedenheit der Jugendlichen in den Vorstädten ausschlaggebend ist aber ihre Perspektivlosigkeit und ihre rassistische Diskriminierung, die sich nicht nur bei Polizeikontrollen manifestiert, sondern auch und gravierender auf dem Arbeitsmarkt, wie das „*Observatoire des discriminations*“ herausgefunden hat. Danach hat ein „Weißer“ zehnmal so gute Chancen auf einen Arbeitsplatz wie ein *Beur* oder ein Schwarzafrikaner.

Man fragt sich, ob ein Land, das seit mehr als 200 Jahren die Fackel der Menschen- und Bürgerrechte in die Welt zu tragen beansprucht, das über die UNESCO weltweit den Schutz der kulturellen Vielfalt zum schützenswerten Gut erklären lassen möchte und das im Namen von Gleichheit und Brüderlichkeit die angebliche Kälte des angelsächsischen Liberalismus bekämpft, nicht mehr zur Integration seiner Migranten und deren Nachkommen tun könnte, als bisher geschehen ist. Wenn etwa die Forderung von Innenminister *Nicolas Sarkozy* nach positiver Diskriminierung dieses Bevölkerungsteils von Regierungs- und Staatschef mit dem Hinweis auf die republikanische Gleichheit zurückgewiesen wird, so spricht daraus weniger die Bereitschaft, die Probleme als solche ernst zu nehmen, als vielmehr eine die Realität verdrängende Verabsolutierung des republikanischen Diskurses zur menschenverachtenden Ideologie.

P.S. Ein Wort in eigener Sache: Ab dem 1. Januar 2006 wird die Zeitschrift *DOKUMENTE* im Eigenverlag der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, *Dottendorfer Str. 86*, in 53129 Bonn publiziert.

JOHANNES THOMAS